



28.05.2025

---

# **Änderung der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV 2)**

## **Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens**

---

Aktenzeichen: 216.2-3959/15



## **Inhaltsverzeichnis**

|          |                                                                                                      |          |
|----------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------|
| <b>1</b> | <b>Ausgangslage .....</b>                                                                            | <b>3</b> |
| <b>2</b> | <b>Ablauf der Vernehmlassung und Übersicht über die Ergebnisse .....</b>                             | <b>3</b> |
| 2.1      | Einleitende Bemerkungen .....                                                                        | 3        |
| 2.2      | Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse .....                                                  | 3        |
| 2.3      | Ergebnisse zur Anrechnung der Subventionsdauer bei einem Statuswechsel .....                         | 4        |
| 2.4      | Ergebnisse zur Regelung der Nothilfepauschalen .....                                                 | 6        |
| <b>3</b> | <b>Zeitpunkt der Inkraftsetzung .....</b>                                                            | <b>6</b> |
| <b>4</b> | <b>Verzeichnis der Eingaben / Liste des organismes ayant répondu / Elenco dei partecipanti .....</b> | <b>7</b> |

## 1 Ausgangslage

Die Vernehmlassungsvorlage schlug vor, dass bei einem Statuswechsel die vorbestandene Subventionsdauer an die neue Abgeltungsdauer angerechnet werden soll. Diese Änderungen hängen mit der Praxisänderung des Staatssekretariates für Migration (SEM) im Zusammenhang mit Afghanistan zusammen.

Zusätzlich sollten die bereits heute vorkommenden Konstellationen für die Ausrichtung der Not-  
hilfepauschalen im Zusammenhang mit dem Schutzstatus S (Nichteintreten auf ein Schutzge-  
such, negativer Schutzentscheid und Widerruf) in die Asylverordnung 2 über Finanzierungsfr-  
agen aufgenommen werden (AsylV 2, SR 142.312).

## 2 Ablauf der Vernehmlassung und Übersicht über die Ergebnisse

### 2.1 Einleitende Bemerkungen

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e des Vernehmlassungsgesetzes (VIG, SR 172.061) wurde eine Vernehmlassung durchgeführt. Das Vernehmlassungsverfahren hat vom 14. Juni bis am 5. Oktober 2024 stattgefunden.

Beim vorliegenden Bericht handelt es sich um eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Vernehmlassung. Der Ergebnisbericht weist aus, welche Bestimmungen positiv, negativ oder kritisch aufgenommen worden sind und ob Änderungsvorschläge bestehen. Für detaillierte Begründungen wird auf die Originalstellungnahmen verwiesen, welche auf der Publikationsplattform des Bundesrechts zu finden sind.<sup>1</sup>

### 2.2 Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse

Zur gesamten Vorlage sind 37 Rückmeldungen eingegangen. Insgesamt haben sich 26 Kantone, 3 politische Parteien, 2 Dachverbände sowie 6 weitere interessierte Kreise schriftlich geäußert. Eine Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden findet sich in Ziffer 4.

Zur Anrechnung der Subventionsdauer bei einem Statuswechsel haben 26 Kantone eine Stellungnahme abgegeben. Die überwiegende Mehrheit – insgesamt 17 Kantone – lehnt die Vorlage ab. 6 Kantone stimmen der Vorlage zu. 2 Kantone stimmen der Vorlage nur unter Vorbehalten zu und für einen Kanton ist eine abschliessende Beurteilung der Vorlage nicht möglich. Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) und die Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden (VKM) lehnen die Vorlage ab wie auch die FDP und die SVP. Die SP stimmt der Vorlage nur unter Vorbehalt zu.

Der Aufnahme der bereits heute vorkommenden Konstellationen für die Ausrichtung der Not-  
hilfepauschale im Zusammenhang mit dem Schutzstatus S stimmen 24 Kantone vorbehaltlos zu. 2 Kantone stimmen nur unter Vorbehalten zu. Kein Kanton lehnt die Neuregelung ab. Auch die restlichen Vernehmlassungsteilnehmenden äussern sich positiv zur Neuregelung.

---

<sup>1</sup> [www.fedlex.admin.ch](http://www.fedlex.admin.ch) > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2024 > EJPD > 2023/80

### 2.3 Ergebnisse zur Anrechnung der Subventionsdauer bei einem Statuswechsel (Art. 20 Absatz 2 und Art. 24 Absätze 4 - 6 AsylV 2)

Zur Anrechnung der Subventionsdauer bei einem Statuswechsel haben 26 Kantone eine Stellungnahme abgegeben. Die überwiegende Mehrheit – insgesamt 17 Kantone – lehnt die Vorlage ab (**AG, AR, FR, GE, JU, NE, OW, SG, SH, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH**). 6 Kantone stimmen der Vorlage zu (**AI, BL, BS, GR, NW, SO**). Zwei Kantone stimmen der Vorlage nur unter Vorbehalt zu (**GL, LU**). Für **BE** ist eine abschliessende Beurteilung der Vorlage nicht möglich. Von den Parteien haben sich 3 geäussert. 2 Parteien (**FDP, SVP**) lehnen die Vorlage ab und die **SP** stimmt nur unter Vorbehalt zu. Es haben sich 2 Dachverbände zur Vorlage geäussert. Der **SGB** stimmt ihr zu. Der **SGV** lehnt sie ab. Von den interessierten Kreisen haben 6 Stellung genommen. **Asylex, ZiAB** und die **SFH** stimmen der Vorlage zu. Die **Caritas** stimmt unter Vorbehalt zu. **SODK** und **VKM** lehnen sie ab.

Die Kantone **AG, AR, FR, GE, JU, NE, OW, SG, SH, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH** sowie die **FDP**, die **SODK** und die **VKM** lehnen die Vorlage ab, da die Änderung der AsylV 2 dazu führe, dass bei einem Statuswechsel im Verhältnis zum geltenden Recht die Gesamtdauer der Bundessubventionen an die Kantone verkürzt werde. Bereits bei der Änderung des Finanzierungssystems Asyl per 1. Januar 2023 sei es zu einer Kostenverschiebung auf die Kantone gekommen, obschon damals eine kostenneutrale Umsetzung das Ziel war. Diese erneute, einseitige Lastenverschiebung auf die Kantone wird von allen ablehnenden Kantonen moniert. Die **SVP** lehnt das Projekt in seiner Gesamtheit ab. Der **SGV** moniert, dass nebst den negativen finanziellen Folgen für die Kantone und Gemeinden, die Änderung der AsylV 2 auch Konsequenzen für die Integrationsprozesse habe, die von Kantonen und Gemeinden geprägt werden.

Die Kantone **AI, BL, BS, GR, NW** stimmen der Vorlage vorbehaltlos zu. Der Kanton **SO** äussert sich ebenfalls positiv, möchte aber, dass das SEM die finanziellen Auswirkungen für die Kantone noch kommuniziert und in Form eines Monitorings während der nächsten Jahre überprüft. In diesem Sinn äussert sich auch der Kanton **BE**, der aus diesem Grund die Vorlage nicht abschliessend beurteilen kann. **SGB, Asylex, ZiAB** und **SFH** äussern sich ebenfalls zustimmend, da sie das Bestreben nach einer einheitlichen Regelung der Abgeltungsdauer nachvollziehen können. **Asylex, ZiAB** und **SFH** geben aber zu bedenken, dass begonnene Integrationsmassnahmen fortgeführt werden müssen, da das Ende der Bundesabgeltung in verschiedenen Kantonen mit einem behördlichen Zuständigkeitswechsel einhergehe.

Die Kantone **GL, LU**, die **SP** und **Caritas** stimmen der Vorlage nur unter Vorbehalt zu. Sie bringen Kritikpunkte an oder schlagen Anpassungen vor. Diese eingebrachten Anmerkungen werden untenstehend im Rahmen von einzelnen Unterkapiteln näher beschrieben.

#### **Vorbehalt Kanton LU**

Zu Art. 20 Abs. 2 AsylV 2: Es sei zu präzisieren, dass die bisherige Dauer der Schutzgewährung nur dann an die längstens zu gewährende Abgeltungszeit angerechnet werde, wenn die vorläufige Aufnahme zeitlich unmittelbar an die Schutzgewährung anschliesse. Eine Anrechnung sei somit beispielsweise ausgeschlossen bei einer vorgängigen Aufhebung oder einem vorgängigen Erlöschen der vorläufigen Aufnahme.

Zu Art. 24 Abs. 4-6 AsylV 2: Es sei zu präzisieren, dass die Dauer des bisherigen Aufenthalts (Abs. 4 und 6) und der Schutzgewährung (Abs. 5) nur dann an die längstens zu gewährende Abgeltungszeit angerechnet werde, wenn die Anerkennung als Flüchtling oder Staatenloser

zeitlich unmittelbar an die vorläufige Aufnahme (Abs. 4), die vorübergehende Schutzgewährung (Abs. 5) oder die Anerkennung als Flüchtling oder Staatenloser (Abs. 6) anschliesse. Eine Anrechnung sei somit beispielsweise ausgeschlossen bei einer vorgängigen Aufhebung oder einem vorgängigen Erlöschen der vorläufigen Aufnahme (Abs. 4), bei Widerruf, Erlöschen oder Aufhebung der vorübergehenden Schutzgewährung (Abs. 5) oder bei Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des Status der Staatenlosigkeit (Abs. 6). Unnötig und verwirrend sei in Abs. 4 die Verwendung des Begriffs «rechtskräftig». Diese Bezeichnung sei ersatzlos zu streichen.

Die Übergangsbestimmung wird vom Kanton **LU** aus Gründen der Rechts- und Planungssicherheit sowie der Praktikabilität abgelehnt.

### ***Vorbehalt GL***

Die Anrechnung der Subventionsdauer solle für den Status S nicht übernommen werden.

### ***Beginn der Abgeltungsdauer (Art. 20 und 24 AsylV 2)***

Nach der **SP**, **Caritas**, **Asylex**, **ZiAB** und der **SFH** bestehe bezüglich des Beginns der Abgeltungsdauer durch den Bund eine Ungereimtheit. Gemäss Art. 24 Abs. 1 Bst. a AsylV 2 startet die Fünf-Jahres-Frist für anerkannte Flüchtlinge jeweils mit der Einreichung des Asylgesuchs. Bei vorläufig Aufgenommenen hingegen startet die Sieben-Jahres-Frist bereits mit der Einreise (Art. 20 Bst. d AsylV 2). Dies führe bei Asylgewährung nach einem Mehrfachgesuch zu einer Ungleichbehandlung gegenüber anderen anerkannten Flüchtlingen, da für sie wie oben erwähnt nicht die Einreise, sondern das Datum des Asylgesuchs relevant sei. Im Sinne der Gleichstellung aller anerkannten Flüchtlinge sei dementsprechend die Anrechnung an die neue Abgeltungsdauer auf die Zeit ab Asylgesuchseinreichung zu beschränken.

## **Weitere Bemerkungen**

**Asylex, ZiAB** und **SFH** regen an, sowohl den Kostendeckungsgrad der Globalpauschale wie auch die Mittelverwendung durch die Kantone regelmässig zu evaluieren.

Der Kanton **BE** beantragt für die Umsetzung ein neuer Finasi-Code, da die geplanten Änderungen für den Kanton mit systemtechnischen Anpassungen am kantonalen Fallführungssystem verbunden seien. Ein neuer, spezifischer Finasi-Code für die betroffene Personengruppe sei für eine saubere und klar abgrenzbare Berechnungsgrundlage im kantonalen System sowie in der Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) unabdingbar.

Die Kantone **GE** und **NE** beantragen eine Erhöhung der Subventionsdauer für Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsbewilligung auf sieben Jahre.

Der Kanton **VD** fordert die Einführung einer besonderen Pauschale für unbegleitete, minderjährige Asylsuchende sowie eine Erhöhung der Globalpauschale 1b.

Der Kanton **VS** beantragt im Zusammenhang mit Artikel 20 Absatz 1 Bst. b AsylV 2 eine Übergangsregelung, die rückwirkend ab Anwendung des Status S eine entsprechende Subventionierung vorsehen soll.

## **2.4 Ergebnisse zur Regelung der Nothilfepauschalen (Art. 28 und Art. 29 Absätze 2 und 3 AsylV 2)**

Der Aufnahme der bereits heute vorkommenden Konstellationen für die Ausrichtung der Nothilfepauschale im Zusammenhang mit dem Schutzstatus S stimmen 24 Kantone vorbehaltlos (**AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH**) zu. 2 Kantone (**LU, TG**) stimmen nur unter Vorbehalt zu. Kein Kanton lehnt die Neuregelung ab. Von den Parteien haben sich 3 geäußert. 2 Parteien (**FDP, SP**) stimmen der Regelung zu und die **SVP** lehnt sie ab. Es haben sich 2 Dachverbände zur Vorlage geäußert. Der **SGV** und der **SGB** stimmen ihr zu. Von den interessierten Kreisen haben 6 Stellung genommen. Alle 6 Organisationen (**Asylex, Caritas, ZiAB, SODK, SFH und VKM**) stimmen der Vorlage zu.

Der Vorbehalt vom Kanton **LU** regt eine Ergänzung von Art. 28 AsylV2 an, in dem Sinne, dass eine abschliessende Aufzählung der möglichen Konstellationen ebenfalls das Erlöschen des Asyls gemäss Art. 64 Asylgesetz und die Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäss Art. 1 Bst. C Ziff. 1-6 der Flüchtlingskonvention einerseits sowie die Aberkennung des Status der Staatenlosigkeit andererseits enthalten müssten.

Der Kanton **TG** unterstreicht, dass die Abschreibung eines Gesuchs im Gegensatz zum Nicht-eintreten oder Negativentscheid keine Nothilfepauschale nach Art. 28 AsylV 2 auslöse. Das sei systemfremd, weshalb Art. 28 Abs. 2 AsylV 2 mit dem Tatbestand der Abschreibung ergänzt werden müsse.

## **3 Zeitpunkt der Inkraftsetzung**

In der Vernehmlassungsvorlage wurde vorgesehen, dass die Änderungen in der Asylverordnung über Finanzierungsfragen per 1. Juli 2025 in Kraft gesetzt werden sollen.

Die Kantone haben sich im Rahmen der Vernehmlassung nicht zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung geäußert.

#### **4 Verzeichnis der Eingaben / Liste des organismes ayant répondu / Elenco dei partecipanti**

|                                                                 |           |
|-----------------------------------------------------------------|-----------|
| Kanton Aargau, Regierungsrat                                    | <b>AG</b> |
| Kanton Appenzell Innerrhoden, Regierungsrat                     | <b>AI</b> |
| Kanton Appenzell Ausserrhoden, Regierungsrat                    | <b>AR</b> |
| Kanton Bern, Regierungsrat                                      | <b>BE</b> |
| Kanton Basel-Landschaft, Regierungsrat                          | <b>BL</b> |
| Kanton Basel-Stadt, Regierungsrat                               | <b>BS</b> |
| Canton de Fribourg, Conseil d'État / Kanton Freiburg, Staatsrat | <b>FR</b> |
| République et canton de Genève, Conseil d'État                  | <b>GE</b> |
| Kanton Glarus, Regierungsrat                                    | <b>GL</b> |
| Kanton Graubünden, Regierungsrat                                | <b>GR</b> |
| Canton du Jura, Conseil d'État                                  | <b>JU</b> |
| Kanton Luzern, Regierungsrat                                    | <b>LU</b> |
| République et canton de Neuchâtel, Conseil d'État               | <b>NE</b> |
| Kanton Nidwalden, Regierungsrat                                 | <b>NW</b> |
| Kanton Obwalden, Regierungsrat                                  | <b>OW</b> |
| Kanton St. Gallen, Regierungsrat                                | <b>SG</b> |
| Kanton Schaffhausen, Regierungsrat                              | <b>SH</b> |
| Kanton Solothurn, Regierungsrat                                 | <b>SO</b> |
| Kanton Schwyz, Regierungsrat                                    | <b>SZ</b> |
| Kanton Thurgau, Regierungsrat                                   | <b>TG</b> |
| Repubblica e Cantone Ticino, il Consiglio di Stato              | <b>TI</b> |
| Kanton Uri, Regierungsrat                                       | <b>UR</b> |
| Canton de Vaud, Conseil d'État                                  | <b>VD</b> |
| Canton du Valais, Conseil d'État / Kanton Wallis, Staatsrat     | <b>VS</b> |
| Kanton Zug, Regierungsrat                                       | <b>ZG</b> |
| Kanton Zürich, Regierungsrat                                    | <b>ZH</b> |

#### **Politische Parteien / Partis politiques / Partiti politici**

|                            |            |
|----------------------------|------------|
| FDP. Die Liberalen         | <b>FDP</b> |
| PLR. Les Libéraux-Radicaux | <b>PLR</b> |
| PLR. I Liberali            | <b>PLR</b> |
| Schweizerische Volkspartei | <b>SVP</b> |

|                                        |            |
|----------------------------------------|------------|
| Union démocratique du centre           | <b>UDC</b> |
| Unione democratica di centro           | <b>UDC</b> |
| Sozialdemokratische Partei der Schweiz | <b>SPS</b> |
| Parti socialiste suisse                | <b>PS</b>  |
| Partito socialista svizzero            | <b>PSS</b> |

**Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / Associations faîtières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / Associazioni mantello nazionali dei Comuni, delle città e delle regioni di montagna**

|                                  |            |
|----------------------------------|------------|
| Schweizerischer Gemeindeverband  | <b>SGV</b> |
| Association des Communes Suisses | <b>ACS</b> |
| Associazione dei Comuni Svizzeri | <b>ACS</b> |

**Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national / Associazioni mantello nazionali dell'economia**

|                            |            |
|----------------------------|------------|
| Schweiz. Gewerkschaftsbund | <b>SGB</b> |
| Union syndicale suisse     | <b>USS</b> |
| Unione sindacale svizzera  | <b>USS</b> |

**Weitere interessierte Kreise / autres milieux concernés / altre cerchie interessate**

AsyLex

CARITAS Schweiz

|                                                                                      |              |
|--------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren                    | <b>SODK</b>  |
| Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales             | <b>CDAS</b>  |
| Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali            | <b>CDOS</b>  |
| Plattform „Zivilgesellschaft in Asyl-Bundeszentren“                                  | <b>ZiAB</b>  |
| Plateforme „Société civile dans les centres fédéraux d'asile„                        | <b>SCCFA</b> |
| Piattaforma „Società civile nei centri della Confederazione per richiedenti l'asilo„ | <b>SCCA</b>  |
| Schweizerische Flüchtlingshilfe                                                      | <b>SFH</b>   |
| Organisation suisse d'aide aux réfugiés                                              | <b>OSAR</b>  |
| Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden                                        | <b>VKM</b>   |
| Association des services cantonaux de migration                                      | <b>ASM</b>   |
| Associazione dei servizi cantonali di migrazione                                     | <b>ASM</b>   |